

Die Danziger Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage zweimal, am Montage nur Nachmittags 5 Uhr. — Bestellungen werden in der Expedition (Berbergasse 2) und auswärts bei allen Königl. Postanstalten angenommen.

Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr., answärts 1 Thlr. 20 Sgr. Inserate nehmen an: in Berlin: A. Metemeyer, Kurstraße 50, in Leipzig: Heinrich Hübler, in Altona: Hasenfeld n. Bogler, in Hamburg: S. Türheim und S. Schöneberg.

# Danziger Zeitung.



## Telegraphische Nachrichten.

**Brüssel, 11. Februar, Abends.** In einer Correspondenz aus London sagt die „Independance“, daß die englische Regierung eine constitutionelle Monarchie in Mexiko mit Erzherzog Maximilian als König unterstützen und diese Combination überhaupt für wünschenswert halte, wenn Oesterreich eine Gebietsvergrößerung auf Kosten der Türkei erhalte.

**London, 11. Febr., Morgens.** Der König der Belgier hat Osborne verlassen und wird heute oder morgen von England nach dem Festlande zurückkehren.

Die Kronprinzessin von Preußen wird am Sonnabend von Antwerpen aus in Gravenhage eintreffen. Empfangsfeierlichkeiten sind untersagt.

In der gestrigen Sitzung des Oberhauses erklärte Carl Ruffel als Antwort auf eine Interpellation Lord Carnarvon's, drei in Amerika verhaftete Engländer seien nach Aussage Seward's, da die Habeas-Corpus-Acte aufgehoben sei, dem regelrechten Gerichte entzogen, jedoch nicht zur Ablegung des amerikanischen Bürgerrechts gezwungen worden. Lord Derby verdammt das Verfahren Amerika's und Seward's unhöfliche Erklärungen. Lord Malmesbury sprach gegen die auf dem Pariser Congresse hinsichtlich der Blockade aufgestellten Grundsätze. Carl Ruffel bemerkte, trotzdem müßten sie befolgt werden.

**London, 11. Februar, Vorm. (Neuter'sches Bureau.)** Rakkitta, 15. Jan. Die von hier abgehenden Transportschiffe und anderen Schiffe, welche das Vorgebirge der guten Hoffnung umsegeln, sind armirt. — Kanton, 31. Decem. Der Preis der Manilla-Cigarren ist in Folge des Ausfuhrverbotes gestiegen. In Hankau werden großartige Geschäfte gemacht.

**Madrid, 10. Februar.** Die spanisch-französische Convention zur Regelung der Schuld von 1823 ist unterzeichnet worden. Der Finanzminister arbeitet eifrig an der Regelung der tilgbaren Schuld.

## Deutschland.

Berlin, den 12. Februar.

— Die „Krenzzeitung“ schreibt aus dem Herrenhause: In den Commissions-Beratungen über das Minister-Verantwortlichkeits-Gesetz wurde von dem Mitglied General-Staats-Anwalt Grimm der Antrag gestellt, in § 2 die Worte „unter Zwiderhandlung gegen ausdrückliche Gesetzesvorschriften“ zu streichen. Die Worte präcisiren gerade den Begriff der „Verfassungs-Verletzung“, wegen deren Begehung ein Minister angeklagt werden kann. Ohne dieselben könnte jede ganz allgemeine Handlungsweise des Ministers, z. B. daß er noch kein Unterrichts-Gesetz vorgelegt hat, oder daß er die Juden nicht zu richterlichen Aemtern qualificirt erachtet, je nach der Auslegung der Artikel als Verfassungs-Verletzung durch die Parteien bezeichnet und zur Anlage benutzt werden. Der Antrag wurde angenommen. Die Commission hat schon den größten Theil des Gesetzes erledigt resp. angenommen und hofft in der nächsten Sitzung ihre Beratungen zu Ende zu bringen.

— Einer laubdrätlichen Bekanntmachung vom 4. d. M. zufolge hat die königliche Münz-Direction in Berlin die Bemerkung gemacht, daß der Potsdamer Regierungsbezirk „einer der productivsten an falschen Münzen ist, und daß in demselben sonach noch mehrere Falschmünzer-Fabriken zu bestehen scheinen.“ Die Ortspolizei-Behörden werden demgemäß aufgefordert, beim Vorkommen falscher Münzen die Nachforschungen zur Ermittlung des Verfertigers auf das Gründlichste durchzuführen.

— Mit Ende dieses Monats werden hier einige vierzig Premier-Lieutenants von den verschiedenen Artillerie-Brigaden und von der See-Artillerie behufs Ablegung der theoretischen Prüfung zum Hauptmann eintreffen. Die Prüfungen werden am 1. März beginnen und ungefähr vierzehn Tage dauern.

## Frankreich.

— Man spricht von einer neuen Steuer, die unabhängig von den bereits vorhandenen, auf Cafés, Estaminets, Lesekabinette und andere öffentliche Locale gelegt werden soll.

## Rußland und Polen.

**Petersburg, 1. Februar. (Schl. 3.)** In der Bekleidung der Armee werden binnen Kurzem bedeutende Veränderungen eintreten, namentlich wird statt der jetzigen schweren Kopfbedeckung ein 2 Pfund leichtereres Käppi eingeführt, der Tornister wird erleichtert und nur über die Schulter festgeschnallt, die Kragen erhalten dieselbe Farbe in der ganzen Armee und die numerirten Knöpfe fallen fort. — Der „Amur“ berichtet, daß in Noja englische und französische Missionäre erschienen sind.

**Warschau, 8. Februar. (Schl. 3.)** Die Situation ist noch immer unverändert. Ueber das Loos des inhaftirten Kaufmannsältesten und Präses der evangelischen Gemeinde, Dr. Kaver Schlenker, wissen dessen Angehörige noch immer nichts Gewisses, und sind deshalb alle Mittheilungen darüber verfrüht. Die Acten von seinem Prozesse liegen gegenwärtig dem Generalkriegsgouverneur v. Kruschanowski vor, dessen humaner Charakter die Bürgerschaften für eine gerechte und weise Entscheidung der Sache jenes von allen Klassen und Nationalitäten in unserer Hauptstadt mit innigster Theilnahme begleiteten Ehrenmannes verstärken dürfte. Die evangelische Gemeinde beabsichtigt für ihren Vorstand und den gleichzeitigen inhaftirten zweiten Pastor Otto speciell Fürbitte einzulegen. Pastor Otto liegt im Gefäng-

niß krank, darf aber alle Besuche von seiner Familie und seinen Freunden annehmen. Herr Schlenker ist in seiner Haft keineswegs abgemagert und eingefallen, wie Ihnen neulich gemeldet wurde, sondern steht im Gegentheil voll aus, was aber leider bei dem Mangel an Bewegung nicht immer auf ungeschwächte Gesundheit schließen läßt.

## Der Commissionsbericht in der kurhessischen Frage.

Referent: Abg. Behrend (Danzig).

Der Bericht ergiebt eine gedrängte Recapitulation des Verlaufs der hessischen Frage von 1850 an bis zu der letzten preussischen Thronrede.

Aus den Verhandlungen der Commission ist, nachdem die Antragsteller (resp. die liberalen Fractionen des Hauses) sich über die Erwägungsform, die ausdrückliche Erwähnung des Wahlgesetzes von 1849 u. s. w. geeinigt haben, als wesentlich Folgendes nachzutragen: In Bezug auf den badischen Antrag ist von den Vertheidigern des Birchowschen Antrages bemerkt worden: durch diesen Antrag habe die badische Regierung die kurhessische Frage, welcher seit 1860 weder von dem preussischen Bundestags-Gesandten, noch von den andern Vertretern der deutschen Regierungen in Frankfurt a. M. eine weitere Folge gegeben sei, aufs Neue daselbst angeregt und in Fluss gebracht; dieser hochherzigen Initiative die gebührende Anerkennung Seitens des Hauses der Abgeordneten zuzuwenden, sei gewiß eine lobenswerthe Absicht des Birchowschen Antrages; es komme hierzu, daß die badische Regierung zuerst auf die rechtliche Nothwendigkeit aufmerksam gemacht habe, auch die Zusätze und Abänderungen der 1831er Verfassung aus den Jahren 1848 und 1849 und das Wahlgesetz von 1849 wieder in Wirksamkeit zu setzen, wodurch die hessischen Verfassungswirren allein einer endlichen Lösung zugeführt werden könnten; aus diesen Gründen sei es angemessen, „jenes Antrages speciell Erwähnung zu thun.“ Dagegen ist geltend gemacht: das Verdienst der Initiative in dieser Sache gebühre der Zeit nach Preußen, und zudem beruhe der badische Antrag „auf der Unterstellung, daß kompetenzwidrige Bundesbeschlüsse, um ihre Wirksamkeit zu berühren, durch den Bundestag selbst aufgehoben werden müßten“; die wichtigste Seite der kurhessischen Frage, die von der Kompetenz des Bundes, behandle derselbe „nicht in richtiger und correcter Weise“. Der badische Antrag involvire eine Anerkennung der Kompetenz des Bundes; habe er das nicht beabsichtigt, so hätten in dem Wortlaut desselben die Sätze: „daß den eben angeführten Bundesbeschlüssen wegen rechtlicher und tatsächlicher Bedenken keine Folge gegeben werden könne“, und: „daß der kurfürstlichen Regierung nichts im Wege stehe“, die 1831er Verfassung nebst Zusätzen und das Wahlgesetz von 1849 als rechtskräftig und in Wirklichkeit bestehend zu betrachten, anders gesagt werden müssen; es hätte in demselben vielmehr gesagt werden müssen, daß die Bundesversammlung zu der Fassung jener Beschlüsse vom 27. März 1852 und 24. März 1860 überhaupt nicht competent gewesen sei, und daß die hessische Regierung verfassungsmäßig verpflichtet sei, die Verfassung von 1831 wieder in Wirksamkeit zu setzen; hierin liege das Hauptbedenken gegen die Erwähnung des badischen Antrages. Diese (unter Hinweis auf Art. 56 der Wiener Schlussacte näher erwiesene) Kompetenzüberschreitung des Bundes bedrohe einmal alle deutschen Verfassungen, und ferner „schreibe sie gerade Preußen gebieterisch die Verpflichtung vor, ohne allen Rückhalt gegen dieselbe aufzutreten, da Preußen vor allen andern deutschen Staaten dazu berufen sei, das Unrecht zu sühnen, an dem es selbst durch seine verwerfliche Politik des Jahres 1850 Theil genommen habe.“ Dem gegenüber ist zum Beweise, daß Baden die Ansicht Preußens über die Incompetenz des Bundes in dieser Sache vollkommen theile, auf die badische Denkschrift Bezug genommen, und „wenn man auch zugeben wolle, daß in dem Wortlaute des Antrages vom 4. Juli 1861 diese Auffassung der großherzoglichen Regierung nicht in klarer Weise zu Tage trete, so könne dieser Umstand allenfalls einen Grund abgeben, die Erwähnung des Antrages selbst aus dem Tenor der Resolution wegzulassen (wie bekanntlich nachher geschehen ist), nicht aber würde es angemessen erscheinen dürfen, das Vorgehen der badischen Regierung in der kurhessischen Verfassungs-Angelegenheit, ihr energisches und patriotisches Auftreten für das verletzte Recht eines wackeren deutschen Volksstammes gänzlich mit Stillschweigen zu übergehen.“

Endlich der Ausdruck: „alle ihre Mittel einsetzen.“ Es sei natürlich, ist bemerkt worden, „dabei sofort an das letzte Mittel, an das der Gewalt zu denken, während auf dem Gebiete der Verhandlungen alle etwa rätlichen Mittel noch nicht erschöpft seien.“ Daraus ist entgegnet: „allerdings sei auch an das letzte Mittel der Gewalt gedacht worden, aber gerade dadurch, daß man alle Mittel einzusetzen vorgeschlagen habe, solle die Anwendung anderer, vorher zu ergreifender keineswegs ausgeschlossen sein;“ nicht alle Mittel seien der Regierung zu bezeichnen, aber einige seien anzudeuten; der diesseitige Gesandte in Kassel könne mit Instruktionen versehen werden, die, wenn sie demselben erlaubten, eine entsprechende Sprache der kurfürstl. Regierung gegenüber zu führen, einen Druck auf die Entschlüsse jenes Cabinettes auszuüben nicht verfehlen würden. — Auch der erneuerte Abbruch des directen diplomatischen Verkehrs mit der kurfürstlichen Regierung sei ein Mittel, dessen Tragweite bei dem gegenwärtigen Stande der deutschen Frage von vornherein nicht übersehen werden könne, das also der Regierung zur Erwägung zu geben nicht überflüssig erscheine. Eine offene und unumwundene Erklärung derselben, daß sie ein Einschreiten zu Gunsten des von der kurfürstlichen Regierung in der

Verfassungsfrage eingenommenen Standpunktes von keiner Seite dulden und nöthigenfalls mit Gewalt der Waffen verhindern werde, könne ebenfalls als ein Mittel bezeichnet werden, welches aus dem passiven Widerstande des hessischen Volkes zu einer Action gegen die illegalen Maßregeln der kurfürstlichen Regierung führen und dadurch die Lösung des beklagenswerthen Conflictes beschleunigen werde.“ — Von einer Seite (Abg. v. Carlowitz) ist hervorgehoben, daß die Eventualität eines bewaffneten Einschreitens ausdrücklich erwähnt werden müsse; diplomatische Mittel reichten nicht mehr aus; auch nicht ein offener Protest gegen eine Intervention anderer Mächte; es bleibe nur ein bewaffnetes Einschreiten in Kurhessen übrig; „es sei nicht zu besorgen, daß ein solches zu einem Kriege mit andern Gliedern des deutschen Bundes führen werde. Das Volk in Deutschland erkenne überall das Recht als aus Seite des hessischen Volkes stehend an; die deutschen Regierungen würden einerseits gegen den Willen des Volkes zu interveniren nicht geneigt, andererseits aber auch nicht in der Lage sein, dem preussischen Einrückern in Kurhessen irgend erhebliche Mittel entgegenzustellen. Vor Allem könne Oesterreich es zur Zeit nicht unternehmen, anders als etwa zum Schein das va banque der Schwarzenbergischen Politik aufs Neue zu spielen; im Innern und nach Außen gelähmt, habe es nicht die Macht, die preussische Intervention in Kurhessen zu verhindern, deren Berechtigung sich für Preußen aus seinem eigenen Interesse, dem letzten Ziele einer gefunden Politik ergebe.“ Durch das Einschreiten in Kurhessen werde die Regierung den ersten entscheidenden Schritt in der deutschen Frage thun, einen Schritt, den die jüngste Zeit mit mächtigem Rufe fordere.“ — (Der im Ausschluß daran gestellte Antrag des Abg. v. Carlowitz, sowie die Ablehnung desselben, sind bereits erwähnt.)

Eigentlichen Widerspruch haben die Anträge nur von einem Mitgliede (Abg. Reichensperger) gefunden. Diesem gegenüber ist im Einzelnen nachgewiesen, daß die hessische Verfassung von 1861 nicht bundeswidrig sei, daß eine Anerkennung der octroyirten Verfassung von 1852 seitens der hessischen Stände niemals stattgefunden; ferner sei allerdings die kurhessische Frage auch eine deutsche, ganz wesentlich aber auch eine preussische. Im Jahr 1852 sei das kurhessische Recht vernichtet worden, um Preußen zu demüthigen, jetzt verlange Preußens Ehre gebieterisch die Wiederherstellung jenes Rechts; verstehe auch dieses Mal Preußen nicht sein Verlangen durchzusetzen, dann werde auf lange Zeit sein Ansehen in Deutschland untergraben sein. — Gegen die erwähnte eine Stimme ist schließlich der Commissionsantrag einstimmig angenommen.

Der Minister des Auswärtigen hat an seine Erklärung noch die Bemerkung geknüpft, daß sich die Staatsregierung ihre Auffassung darüber, ob das Wahlgesetz von 1849 in Kurhessen als rechtsbeständig zu erachten sei, noch vorbehalten müsse. Ueber den Eindruck der Aeußerungen des Ministers, saar der Bericht: „Mehrere Mitglieder der Commission gaben die Ausführungen des Ministers Veranlassung, ihr lebhaftes Bedauern darüber auszusprechen, daß eine vollständige Uebereinstimmung der Auffassung der Regierung mit derjenigen der Commission nicht vorhanden sei, während noch vor zwei Jahren durch den Binde'schen Antrag eine solche Uebereinstimmung mit der damaligen Erklärung des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten constatirt worden sei. Dem da der Minister augenblicklich nicht in der Lage zu sein erklärt habe, es auszusprechen, daß die Regierung zur Lösung der hessischen Verfassungsfrage ebenso wie die Mehrheit der Commission eine sofortige Berufung der hessischen Stände-Versammlung auf Grund der Verfassung vom 5. Januar 1831, der in den Jahren 1848 und 1849 dazu gegebenen Erklärungen und daran vorgenommenen Abänderungen und des Wahlgesetzes vom 5. April 1849, für nothwendig erachte, so fehle jetzt diese Uebereinstimmung; es müsse daher als im hohen Grade wünschenswerth bezeichnet werden, daß bei den Verhandlungen im Pleno die Staatsregierung ihre vollständige Uebereinstimmung mit diesem, bei den Anträgen gemeinsamen Grundsätze nachträglich ausspreche.“ — Im Anschlusse daran ist noch zu erwähnen, daß „auf die Anfrage eines Mitgliedes, welche Schritte die Regierung bei den größeren deutschen Cabinetten gethan habe, um diese für ihre Ansicht zu gewinnen, der Vertreter der Regierung (Geh. Reg.-Rath Abeken) erklärt hat, daß der Depechenwechsel mit dem Wiener Cabinette an die Deffentlichkeit gekommen sei; auf die fernere Anfrage, welche Stellung zu dem badischen Antrage die Regierung am Bunde einnehmen werde, gab der Regierungs-Commissarius die Erklärung ab, daß, da diese Frage noch eine schwebende sei, eine Auskunft nicht ertheilt werden könne.“

## Danzig, 13. Februar.

□ Königsberg, 11. Februar. Nach der in der heutigen Stadtverordneten-Versammlung im Druck vertheilten Uebersicht über die Verwaltung der der Königsberger Stadthauptkasse zugewiesenen Fonds für das Jahr 1860 (pro 1861) betrug die Gesamt-Einnahme 607,349 Rb., die Gesamt-Ausgabe 545,131 Rb., der Bestand 62,217 Rb. Im Einzelnen war für örtliche Polizei-Verwaltung die Einnahme 6452 Rb., die Ausgabe 51,420 Rb.; Gasbeleuchtung: Einn. 113,660 Rb., Ausg. 94,379 Rb.; Handelsanstalten: Einn. 24,311 Rb., Ausg. 5985 Rb.; Kammereigefälle: Einn. 75,457 Rb., Ausg. 49,025 Rb.; Communalsteuer: Einn. 270,589 Rb., Ausg. 81,572 Rb.; allgemeine Verwaltung: Einn. 3116 Rb., Ausg. 40,472 Rb.; Sporteln: Einn. 443

